

Entwurf der Ratsarbeitsgruppe (Annette, Brigitte, Harald, Julia, Törk), 11.1.2024 für die Ratssitzung am 18.2.24 (kleinere Korrekturen, Grammatik, Rechtschreibung 21.2.24)

Erklärung von Attac Deutschland anlässlich der Europawahl 2024

Das Europa, in dem wir leben, ist nicht das Europa, das wir wollen!

Die aktuelle Situation ist bestimmt durch Kriege und massive Militarisierung, durch zunehmende Armut und eine immer größere Kluft zwischen Arm und Reich. Die dramatischen Folgen der Klimakrise werden weltweit immer offensichtlicher. Nicht zuletzt durch eine Politik zugunsten der Vermögenden und zulasten der Vielen gewinnen in immer mehr Ländern autoritäre, nationalistische und rassistische Kräfte an Macht und Einfluss, und es droht bei den EU-Wahlen eine deutliche Rechtsverschiebung. Dagegen stellen wir uns!

Die an Wirtschaftsinteressen ausgerichtete Politik der EU trägt nicht zur Lösung dieser Krisen bei, sondern verschärft sie sogar an vielen Stellen. Wir wenden uns sowohl gegen die Ausrichtung der EU und Europas an den Interessen der Konzerne und Finanzunternehmen als auch gegen jeden Versuch, die notwendige Kritik an der EU auf nationalistische und rassistische Mühlen zu leiten. Für uns ist die von rechten Parteien geforderte Rückkehr zu einzelnen Nationalstaaten keine Alternative. Europa braucht eine andere Politik: eine eindeutig antimilitaristische, ökologische und soziale Orientierung! Es ist Zeit für Veränderung!

Attac Deutschland setzt sich für die Umsetzung folgender Ziele ein:

Aufnahme vom Geflüchteten statt Abschottungspolitik!

Wir setzen uns ein für sichere Fluchtwege und das Ende der EU-Abschottungspolitik, damit Menschen nicht mehr auf lebensgefährlichen Routen fliehen müssen. Die Kriminalisierung der zivilen Seenotrettung auf dem Mittelmeer und die geplanten Asyl-Grenzverfahren unter haftähnlichen Bedingungen an der EU-Außengrenze lehnen wir ab. Statt Verschärfungen und Angriffen auf das Recht auf politisches Asyl, muss die EU das Menschenrecht auf Asyl anerkennen für alle Menschen, die etwa vor politischer Verfolgung, Krieg oder Klimafolgen fliehen oder aufgrund ihres Geschlechts oder sexuellen Orientierung in ihrem Herkunftsland von Diskriminierung und Gewalt bedroht sind.

Soziale Gerechtigkeit!

Die neoliberale Austeritätspolitik der EU hat, unter maßgeblicher Beteiligung der deutschen Regierung, Deregulierung und Privatisierungen von öffentlichem Eigentum und Dienstleistungen vorangetrieben und dadurch vor allem in südlichen EU-Ländern, aber auch bei uns, die Ausbeutung verschärft und die Armut vergrößert. Ob die Mindestlohn- und Tarifbindung-Richtlinie tatsächlich – wie von vielen gehofft – eine Kehrtwende in der europäischen Sozialpolitik darstellt, bleibt zweifelhaft, auch in Anbetracht der Wiedereinsetzung der Schuldenbremse auf EU-Ebene.

Die gegenwärtige Situation spricht jedenfalls sozialer Gerechtigkeit Hohn: Die Gesundheitssysteme in der EU sind in einer tiefen Krise, aber die Gewinne der Pharmaindustrie sind explodiert. In der EU nimmt die Kinderarmut zu; die Bildungseinrichtungen sind in einem jämmerlichen Zustand; mit den Renten wird auf den Finanzmärkten spekuliert; in vielen Städten finden Menschen mit mittleren und niedrigen Einkommen keine bezahlbaren Wohnungen, aber Wohnungskonzerne erfreuen sich großer Profite. Statt durch sozialstaatliche und kommunale Daseinsvorsorge werden immer mehr Lebensbereiche von Konkurrenz und Profitstreben bestimmt.

Wir streiten für soziale und solidarische Regeln, die den Menschen in Europa und weltweit sichere und menschenwürdige Lebensbedingungen garantieren. Deshalb lehnen wir Instrumente wie die Schuldenbremse und Vorschriften der EU ab, die Mitgliedsstaaten zu Sparmaßnahmen zwingen.

Demokratie erhalten und ausbauen!

Die Menschen in Europa sollen die gesellschaftliche Entwicklung auch in der Wirtschaft selbst bestimmen und kontrollieren, statt von Finanzunternehmen und großen Konzernen beherrscht zu werden. Dazu braucht es eine kritische europäische Öffentlichkeit. Wir fordern weitere Demokratisierungsschritte innerhalb der EU-Strukturen, etwa ein Initiativrecht der EU-Parlamente, und verbindliche Regeln, die Lobbyismus nachvollziehbar machen und garantieren, dass Interessensvertretungen der Wirtschaft nicht mehr Gehör finden als Umwelt- und Sozialverbände. Wir wenden uns dagegen, dass mit Freihandelsverträgen Rechte der Parlamente ausgehebelt werden. Auch das Handeln der Regierungen auf EU-Ebene sollte transparenter gemacht werden, etwa durch Veröffentlichung von Protokollen des Europäischen Rates, der von den Regierungen der Mitgliedsstaaten bestimmt wird. Die versuchten und erfolgten Einschränkungen von Grundrechten und Mitbestimmung durch rechtspopulistischer bis rechtsextremer Parteien und Regierungen, weisen wir entschieden zurück.

Ökologische Gerechtigkeit!

Tiefgreifende Maßnahmen sind sofort erforderlich, um den Erhalt eines für Mensch und Natur verträglichen Klimas zu sichern, der Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen durch die kapitalistische Wirtschaftsweise wirksam entgegenzutreten und den betroffenen Bevölkerungen Wiedergutmachung zu gewähren.

Der „Green Deal“ der EU, mit dem bis 2050 Klimaneutralität erreicht werden soll, ist keine Alternative. Er erhöht den Verbrauch an Rohstoffen, setzt die Naturausbeutung fort, verursacht soziale und ökonomische Krisen in den rohstoffexportierenden Staaten und wirkt dem Wachstumszwang der Wirtschaft nicht entgegen. CO₂ Neutralität durch steigende Preise für CO₂ Zertifikate zu erreichen, ist ein Kernvorschlag des „Green Deals“. Mit marktwirtschaftlichen Mitteln wird jedoch keine ausreichende Umsteuerung unserer Ökonomie zu einer klimaneutralen Wirtschaft erreicht.

Die mit dem „Green Deal“ verbundenen Investitionsprogramme sind vor allem darauf ausgerichtet, die Wettbewerbsfähigkeit der Konzerne zu verbessern und ihre Gewinne zu maximieren – an der Verteilung von Profiten und Löhnen, von Privatem und Öffentlichem, von gesellschaftlichem Reichtum ändert sich nichts und dabei sind die Subventionen nicht einmal an arbeitsrechtliche und soziale Kriterien geknüpft.

Wir wollen mit dem kapitalistischen Wachstumszwang brechen, unnötige und schädliche Produktion und Dienstleistung unterbinden und so ein radikales ökologisches Umsteuern ermöglichen. Das darf nicht zu Lasten der Menschen mit niedrigem oder „normalem“ Einkommen gehen. Alle ökologischen Maßnahmen müssen mit einem sozialen Ausgleich verbunden werden.

Steuergerechtigkeit!

Damit es eine gute öffentliche Daseinsvorsorge gibt und der ökologische Umbau durchgeführt werden kann, bedarf es einer stärkeren Besteuerung von Kapitaleinkünften und großen Vermögen, einer Finanztransaktionssteuer und einer Gesamtkonzernsteuer. Steuerdumping und Steuerflucht müssen verhindert werden, Steueroasen sind zu schließen!

Geschlechtergerechtigkeit!

Alle Menschen sollen den gleichen Schutz genießen und die gleichen Chancen auf ein gutes Leben haben – weltweit! Wir kämpfen gegen Benachteiligung, Belästigung, Diskriminierung, Gewalt und Verfolgung von Menschen aufgrund ihrer Herkunft, ihres Geschlechts und ihrer sexuellen Orientierung oder Identität.

Auch wenn die EU Richtlinien im Bereich der Geschlechtergerechtigkeit in der BRD wichtige rechtliche Fortschritte gebracht haben (Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz, Schutz gegen sexualisierte Gewalt, Istanbul-Konvention), wurde die soziale Lage vieler FLINTA* (Frauen, Lesben, intersexuelle Menschen, nicht-binäre Menschen, trans Menschen, agender Menschen) durch die neoliberale EU-Politik verschlechtert. Frauen sind von staatlichen Maßnahmen zur Privatisierung und Kostensenkung besonders betroffen, da sie die Hauptlast der Sorgearbeit tragen. Wir fordern ein Ende der Austeritätspolitik der EU, damit soziale Maßnahmen zur Entlastung von Frauen und Queers finanzierbar und umsetzbar sind. Und nicht zuletzt eine Gesellschaft, in der Haus- Pflege- und Erziehungsarbeiten gleichberechtigt von allen Geschlechtern erledigt werden.

Für ein friedliches Europa!

International anerkannte Grundsätze für den Umgang mit zwischenstaatlichen Konflikten stellen die Artikel der UN-Charta dar, auf die sich auch die EU verpflichtet hat. Daran muss die EU ihre gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik ausrichten. Gerade im Hinblick auf die Zusammenarbeit mit der NATO, der OSZE und den USA darf eine Strategie der EU nicht darin bestehen, über den Aufbau einer eigenen Armee nachzudenken. Stattdessen muss Einigung darüber hergestellt werden, wie Armeen und Waffen weltweit verringert werden können.

Gute Nachbarschaft mit anderen Weltregionen statt Neokolonialismus!

Im Rahmen der neuen – der Energiewende dienenden - Rohstoff- und Wasserstoffstrategie der EU zeigen sich wieder die gleichen Muster von neokolonialer Dominanz, Ausbeutung und Arroganz, die seit jeher das Verhältnis zu den Ländern des globalen Südens prägen. Wir sind entschieden gegen jede Form eines neuen Kolonialismus, stattdessen muss der materielle Reichtum Europas insbesondere mit den Menschen geteilt werden, die von europäischen Ländern in ihrer kolonialen Geschichte über lange Zeit ausgeplündert und unterdrückt wurden. Ein erster Schritt dazu wäre ein Schuldenerlass. Wir bekämpfen Freihandels- und Investitionsschutzabkommen im Dienste der Konzerne und setzen uns für die Abschaffung der privaten Schiedsgerichte ein. Endlich gibt es ein Lieferkettengesetz, aber wir fordern eine Ausweitung, die Unternehmen wirklich zur Wahrung der Menschenrechte verpflichtet.

Europa verändern!

Wir sehen Gestaltungsspielräume innerhalb der EU für soziale, ökologische und progressive Politik, diese wollen wir nutzen und für ein anderes Europa kämpfen. Unabhängig davon, ob die EU als veränderbar eingeschätzt wird oder nicht, sind unsere Ziele nur durchsetzbar, wenn es eine starke, handelnde Bewegung gibt. Wir wollen durch Debatten, Aktionen, Kampagnen oder Aktionen des zivilen Ungehorsams zur Schaffung anderer politischer Kräfteverhältnisse in Deutschland und in Europa beitragen und nationalistische, menschenfeindliche Tendenzen zurückdrängen, als Teil eines europaweiten, emanzipatorischen Blocks von sozialen Bewegungen, fortschrittlichen Parteien, Gewerkschaften und Nichtregierungsorganisationen in allen europäischen Ländern.